

Stuttgart 21

Der Idealfall für einen BauUnwesen-Stopp

Ein Durchgangsbahnhof bringt realistisch gesehen weniger als zehn Minuten Zeitersparnis. Das Projekt Stuttgart 21 soll aus dem heutigen Sackbahnhof einen Durchgangsbahnhof unter der Erde machen. Das aktuelle offizielle Budget dafür umfasst 6 Mrd. Euro (Quelle: Deutsche Bahn). Insider vom Fach gehen von mindestens 11 Mrd. Euro Kosten aus. Von 2011 bis 2013 sind die Kostenbudgets schon von 4,3 Mrd. um 40 Prozent auf 6 Mrd. gestiegen. Das bedeutet, dass das Projekt schon völlig schief aufgestellt ist.

Durch die Verlegung des neuen Bahnhofs unter die Erde wird die Stuttgarter Innenstadt um 40 Prozent wachsen. Ein Traum aus den 90er Jahren soll von 2025 an Realität werden; angesichts der negativen demografischen Entwicklung einfach 20 Jahre zu spät. Eine Fläche von einem Quadratkilometer wird zur Bebauung frei. Das ist ein Eldorado für Immobilienprofis. An der Oberfläche, direkt über dem neuen Bahnhof, liegt das Gold von Stuttgart 21. Das Silber liegt in den neuen Shoppingcentern unter der Erde. Eine Konstellation wie bei der Hafencity rund um die neue Hamburger Elbphilharmonie. Immobiliengeschäftsleute machen das große Geld, die normalen Bürger müssen die Lasten tragen.

Eigentlich sollten solche Projekte wie Stuttgart 21 gestoppt werden, bis das BauUnwesen gestoppt ist. Vorher kann keiner Zahl und keiner Aussage der Baubeteiligten Glauben geschenkt werden. Vorher ist die Legitimität solcher Projekte nicht gegeben. Die Deutsche Bahn hat Dringenderes zu tun, als große Prestigeprojekte in den Sand zu setzen. Der Zustand der Brücken und Gleisanlagen ist alarmierend, es wartet also viel unspektakuläre Kleinarbeit.

Den Willen des Volkes wirksam machen

Bei den Laien unter den Probelesern des Buchmanuskripts kam bei den Feedbackgesprächen mehrfach die Frage auf, was denn nun getan werden könne, um politisch Druck zu machen. Es sollte dazu eine Hilfestellung geben, war die Meinung.

Wie können die Bürger einer Demokratie eine Kehrtwende oder Kurskorrektur im Sinne des Gemeinwohls erreichen? In meiner neuen Heimat Schweiz versteht man eine solche Frage nicht. Es ist tief verwurzelt demokratisches Selbstverständnis, dass jeder Schweizer eine Volksinitiative und oder ein Referendum starten kann. Damit kann er im Falle einer Annahme durch das Volk die Erarbeitung bzw. Änderung von Gesetzen erzwingen oder Regierungsbeschlüsse außer Kraft setzen. Für deutsche Politiker eine Horrorvorstellung.

Das liegt auch am Volk und an der deutschen Geschichte. Die deutsche Bevölkerung ist es nicht gewohnt, sich politisch zu engagieren und sich zu artikulieren, um

für den eigenen Wohlstand einzustehen. Nach dem 2. Weltkrieg sorgte der Wettbewerb zwischen dem demokratischen System im Westen und dem Kommunistischen im Osten für eine starke Interessensvertretung für das Allgemeinwohl. Jede Seite wollte zeigen, dass ihr System besser für das Wohl und das Glück ihrer Einwohner sei. Das war die oberste Prämisse allen staatlichen Handelns. Das Volk musste sich selbst nicht engagieren, um seinen Interessen Gewicht zu verschaffen. Es konnte sich darauf verlassen, dass in der Politik alles gut läuft. So entstand ein demokratisches Analphabetentum. Es genügte, alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen. Eine höchst effiziente Form der Demokratie. Nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung wurde alles anders. Der Wettbewerb der Systeme war beendet. Das staatliche Streben im Sinne des Volkes war nicht mehr die alles dominierende Kraft. Es begann ein inhaltliches Schlingern und Driften, leicht von Interessensgruppen zu steuern. Das Volk blieb außen vor. Es war nicht gewohnt, sich gegenüber der Politik zu artikulieren. Die Politiker in Deutschland spüren das Volk nicht.

Ohne die Einwirkung und damit die Kontrolle des Volkes hat sich in den letzten 25 Jahren nicht nur das BauUnwesen entwickelt. Begünstigt durch den hohen wirtschaftlichen Rückenwind der Euroeinführung entstand auch ein Absurdistan auf deutschem Boden. Es ist war genügend Geld für viel Zweifelhafes vorhanden. Jeder Wunsch wurde nach entsprechendem Lobbying erfüllt. Es ist eine »Wünsch-Dir-Was-Republik« entstanden. Ob die Summe des ganzen Wünschens für das Gemeinwohl Sinn macht, ob die Folgen auch künftig tragbar sind und wo uns das Ganze hinführt, spielt bei politischen Entscheidungen keine Rolle.

Lassen Sie uns die Chance ergreifen, die sich durch das Aufhalten des BauUnwesens bietet. Lassen Sie uns versuchen, dem Willen des Volkes Wirkung und damit Bedeutung zu verleihen. Wenn das klappt, ist noch viel mehr möglich. Absurdistan auf deutschem Boden beginnt zu schrumpfen. Andere Unwesen in Deutschland können angegangen werden.

Wenn wir heute demokratisch sanft umsteuern, braucht es morgen, wenn es zu spät ist, keine Revolution.

Methoden, damit die Politik den Willen ihrer Bürger auch außerhalb des Wahltags spürt

Die Volksinitiative für Deutschland Bei Volksinitiativen geht es um einfache und grundsätzliche Fragestellungen. Das Volk soll sie schließlich verstehen. Beim Stoppen des BauUnwesens ist es genauso. Zwei einfache Fragen:

Untreue bestrafen:

Sind Sie dafür, dass Baubudgetbetrug gemäß Strafgesetzbuch Paragraf 266 als Untreue geahndet wird. Soll Untreue bei Bauprojekten mit Korruption gleichwertig sein?

- Ja Nein

Transparenz und Öffentlichkeit garantieren:

Geheimhaltung und Vertraulichkeit von Informationen bezüglich Bau und Betrieb von Infrastruktur sollen nur nach vorheriger Begründung und Einzelprüfung möglich sein. Dies soll in einem neuen Absatz 4 bei Artikel 5 im Grundgesetz verankert werden. Unterstützen Sie das?

- Ja Nein

Bei einer Volksinitiative in der Schweiz müssen mehrere Millionen Menschen überzeugt und für ein Ja gewonnen werden.

Bei einer Volksinitiative gegen das BauUnwesen in Deutschland ist die Sache viel einfacher. Es gibt mehrere Millionen vom BauUnwesen Betroffene, die nur 421 Menschen zu einem Ja bewegen müssen. Diese 421 Menschen sind die zwei Drittel der Abgeordneten des Bundestags, die es für eine Grundgesetzänderung braucht. Jeder Abgeordnete ist gemäß Eid nur seinem Gewissen verpflichtet. Welcher verantwortungsbewusste Mensch kann es vor seinem Gewissen verantworten, dem Vertuschen und Betrügen bei Bauprojekten nicht gesetzlich einen Riegel vorzuschieben? Unsere bisherigen gesetzlichen Grundlagen reichen nicht aus. Also machen wir zwei kleine, aber hoch bedeutsame Ergänzungen.



- Ja
 Nein

Abb. 171 Das ist die Fragestellung für die 631 Menschen, die im Bundestag sitzen.

Die »Von-Mensch-zu-Mensch-Rezeptur«:

Kommunizieren Sie direkt mit dem Abgeordneten Ihres Wahlkreises. Wo immer er in Ihrer Nähe auftaucht, fragen Sie ihn, wie er zum BauUnwesen steht. Was er dagegen gemacht hat, ob er die zwei Grundforderungen unterstützt oder nicht. Sprechen Sie nicht über Parteien und lassen Sie sich nicht auf andere Themenfelder ablenken! Kommen Sie immer wieder zu den drei obigen Fragen zurück. Besonders wirksam ist es, einen Abgeordneten in einer Versammlung, also in der Öffentlichkeit, zu fragen. Hier ist möglicherweise sogar die Presse oder der politische Gegner zugegen.

Einem Abgeordneten kann es an einem Parteienstand auf dem Marktplatz noch gelingen, Ihren Fragen mit rhetorischem Geschick auszuweichen, lange zu reden und nichts zu sagen. Vor einer Versammlung von Hunderten oder Tausenden Ohren wirken Ausweichen und Vernebeln bei einer klaren Frage vernichtend. Also wird er den klassischen rhetorischen Kunstgriff in solchen Situationen anwenden und Ihnen mit entwaffnender Ehrlichkeit sagen, dass er noch nicht genug in einem Themenfeld eingearbeitet ist, um eine kompetente Antwort zu geben. Seine Erwiderung auf Ihre Frage wird er mit dem Versprechen abschließen, sich aber darum zu kümmern.

In dieser Situation sollten Sie eine weitere Frage stellen können, welche Ihren Abgeordneten aus der Fassung bringt. Fragen Sie, warum er auf Ihre schriftlichen Anfragen zum Thema BauUnwesen nicht geantwortet und den Hinweis auf die Wichtigkeit des Bauens und den Betrieb der Infrastruktur von Deutschland ignoriert hat.

Um diese Frage stellen zu können, müssen Sie am besten gleich nach dem Lesen des Buchs aktiv gewesen sein. Das ist ganz leicht.

Sie können Ihren Abgeordneten über verschiedenste Kommunikationskanäle erreichen.

Kennen Sie den Abgeordneten nicht, gibt es auf www.bundestag.de/abgeordnete eine sehr komfortable grafische Suchfunktion. Auf dieser Seite können Sie über eine alphabetische Auswahl die offizielle Bundestag-Profilseite Ihres Abgeordneten finden.

Dort finden Sie auf der rechten Seite Möglichkeiten, ihn zu kontaktieren. Nutzen Sie auf jeden Fall die dort angebotene E-Mail-Option. Das verweist Sie auf das offizielle E-Mail-Formular des Bundestags. Schreiben dort Ihre Fragen und Anregungen zum BauUnwesen hinein und wählen Sie vor dem Senden unten links die Checkbox mit »Kopie erhalten« an.

Sie bekommen nach dem Senden neben der Kopie Ihrer Mail auch eine Bestätigung, dass Ihr Abgeordneter die E-Mail erhalten hat. Sie haben nun einen amtlichen Beleg.

Es kann sein, dass Sie auf Ihre E-Mail keine Antwort erhalten. Insbesondere, wenn Sie sich darin nicht als Wähler aus dem Wahlkreis des Abgeordneten zu erkennen geben.

Deshalb sollten Sie sich noch über das Wahlkampfbüro Ihres Abgeordneten an ihn wenden.

Diese E-Mails und Faxe werden mit hoher Priorität bearbeitet. Das Team des Abgeordneten weiß um die »Gefahr«, dass der Absender persönlich im Wahlkreis vorgestellt werden könnte.

Die E-Mail-Adresse für das Wahlkampfbüro ist immer gleich aufgebaut:
Vorname.Nachname.WK@bundestag.de

Wenn Sie ein Fax schicken wollen, finden Sie die Nummer über die »private« Website des Abgeordneten unter Kontakten. Der Link zur »privaten« Website des Abgeordneten befindet sich rechts auf seiner offiziellen Bundestagprofilseite.

Schicken Sie also alles, was Sie bedrückt, über die beschriebenen Kommunikationswege an Ihren Abgeordneten. Wenn Sie die Antwort oder wiederholte Nichtantwort bemerkenswert finden und es keine Gelegenheit zu einem persönlichen Treffen mit ihm gibt, steht das Internet mit Social Media zu Verfügung. Inzwischen zeigen praktisch alle Abgeordneten auf Social Media Präsenz. Dort tut sich wenig, d. h. es gibt kaum wirkliche Interaktion und das genau ist die große Chance. Es genügen einzelne Posts, um in den sozialen Medien eines Abgeordneten eine enorme Sichtbarkeit und damit Gewicht zu bekommen.

Wenn Sie mit Social Media keine Erfahrung haben, helfen wir Ihnen gerne weiter. Über www.BauUnwesen.de können Sie uns Informationen geben, die wir gerne in Ihrem Namen in die sozialen Medien Ihres Abgeordneten einspeisen.

Die Abgeordneten bewirtschaften ihre Social Media-/Internetpräsenz wahrscheinlich auch nicht selbst, also können Sie sich getrost helfen lassen.

Wenn jeder Leser dieses Buchs seine Meinung in der gerade beschriebenen Form gegenüber seinem Abgeordneten ausdrückt, wird dies eine enorme Wirkung haben. Sie stellen damit sicher, dass alle Abgeordneten das Thema BauUnwesen kennenlernen werden. Sie werden sich mit diesem Buch befassen müssen.

Mit den vorbereiteten Hilfsmitteln aus www.BauUnwesen.de wird der Abgeordnete jedes Mal aufgefordert, Position zu beziehen. Er soll »Ja« oder »Nein« sagen. Da es genügend neue, große BauUnwesen-Projekte in Deutschland gibt und dieses

Buch noch lange aktuell bleibt, wird es über Jahre hinweg immer wieder Anfragen von Wählern in seiner Inbox oder bei Veranstaltungen im Wahlkreis geben. Die Hoffnung, dass alles temporär ist und von alleine vorübergeht, gibt es nicht. Was Sie als Leser mit der oben beschriebenen Vorgehensweise machen, hat die Wirkung eines Spreißels im Finger. Irgendwann muss er raus, jeder weiß das. So ist es mit dem BauUnwesen auch.

Wir werden die nächsten Jahre über www.BauUnwesen.de die Positionen aller 631 Abgeordneten zum Thema BauUnwesen sammeln und veröffentlichen. Wir wollen einen Abgeordneten nach dem anderen für die »Volksinitiative« gegen das BauUnwesen gewinnen. Es soll einen Zähler auf unserer Website geben, der anzeigt, wie viele Abgeordnete den Stopp des BauUnwesens unterstützen. Spätestens zur nächsten Bundestagswahl werden wir alle Wettbewerber um den Sitz im Parlament bezüglich ihrer Unterstützung der Volksinitiative befragen und die Antwort transparent machen. Es wird kaum jemanden geben, der in einer Podiumsdiskussion in seinem Wahlkreis als Verfechter des heutigen BauUnwesens erkannt werden will.

Bei Parteien Unsicherheit säen und Veränderung ernten

Das Einzige, was die Mehrheit der Abgeordneten davon abhalten könnte, sich auf die Seite der »Volksinitiative« für einen Stopp des BauUnwesens zu stellen, sind die Parteilinie und der Fraktionszwang. Die Idee, aufgrund der Initiative des Volkes Gesetze zu verändern, löst sehr gemischte Gefühle bei den politisch Mächtigen Deutschlands aus. Die Elitebürger und Interessensverbände würden vieler Möglichkeiten beraubt, wenn der Wille des Volkes sich mehr als einmal in vier Jahren über ein Kreuz artikulieren würde. Wer sich gemütlich auf ein Absurdistan auf deutschem Boden eingerichtet hat, wird alarmiert sein.

Darum müssen die Parteien Interesse daran haben, Ihren Abgeordneten wirklich die Freiheit zu lassen, rein nach dem Gewissen und nicht nach Parteitaktik zu entscheiden. Es kann nicht sein, dass die Frage »Ja oder nein zum Stopp des BauUnwesens?« benutzt wird, um sich vom politischen Gegner abzugrenzen. Die Parteien sollen lieber darüber streiten, wer den besten und glaubwürdigsten Weg kennt, um unser Bauwesen auf die Zukunft auszurichten. Der Stopp des BauUnwesens muss Grundkonsens sein.

Um das sicherzustellen, sollte man die Parteien wie kleine Konzerne betrachten. Gemäß ihrem Vermögen sind sie das auch. So besitzt die klassische Arbeiterpartei SPD fast 300 Millionen Euro. Die armen Linken nur knapp 30 Millionen (Quelle: Wikipedia/Parteifinanzierung).

Die Einnahmen der SPD im Jahre 2011 beliefen sich auf 155 Millionen Euro und die CDU/CSU kam auf 177 Millionen Euro. Insgesamt haben alle Parteien 2011 mit dem Geschäft der politischen Willensbildung Einnahmen von 430 Millionen Euro erzielt (Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg).

Diese Einnahmen sind der sensible Punkt der Parteien. Mit diesen Einnahmen werden Stellen, politische Karrieren und Einfluss gesichert. Wie auch bei einem Konzern kann eine Führungsspitze merkliche Einnahmeausfälle nicht unbeschadet überstehen. Die Einnahmen der Parteien sind der Punkt, an welchem das Volk ansetzen kann. Wie können Parteien glaubhaft von Einnahmefällen bedroht werden, wenn sie den Stopp des BauUnwesens nicht unterstützen?

Es gibt zwei Möglichkeiten:

Einnahmefall durch Mitgliederschwund. Die großen Volksparteien leiden unter gravierendem Mitgliederschwund. Sie haben seit der Wende die Hälfte ihrer Mitglieder verloren und liegen je unter einer halben Million Mitglieder (Quelle: Wikipedia/Mitgliederentwicklung). Die politische Spannung zwischen links und rechts ist verschwunden. Die Volksparteien haben sich in die Mitte gedrängt. Es geht nur noch um die schöneren nichtssagenden Phrasen und um Versprechungen an die Kernklientel. Der frühere politische Kampf um Ideen und Konzepte ist dem Schattenboxen gewichen. Es wird wie im EU-Wahlkampf 2014 bis auf höchster Ebene mit Symbolik, wie dem Chlorhähnchen aus den USA, politisiert. Entsprechend personell »ausgelagert« sind die Kreise und Landesverbände der Parteien.

Sprechen Sie deshalb jedes Parteimitglied, das Sie kennen oder auf dem Marktplatz treffen, gezielt auf das Thema BauUnwesen an. Ich bin mir sicher, die einfachen Parteimitglieder wollen dieses Unwesen auch stoppen, wenn sie die Dimension des Problems erst kennen. Tut die Partei nichts oder das Falsche, droht noch mehr Frust und damit noch mehr Parteiaustritte.

Ein Mitgliederschwund hat nicht nur Auswirkungen über geringere Einnahmen durch Beiträge. Es können dadurch auch die Einnahmen aus dem Wahlergebnis sinken. Eine Partei darf aus dem Wahlergebnis nur so viel Geld ausbezahlt bekommen, wie Sie selbst durch Spenden und Beiträge erwirtschaftet.

Resümee Die Verschärfung des Strafgesetzes und die Erweiterung eines Grundgesetzartikels für den Stopp des BauUnwesens sind einfache Forderungen. Sie klingen vermessen. Alle, mit denen ich darüber gesprochen habe, möchten, dass so etwas gemacht wird. Aber niemand glaubte bislang daran, dass es erreichbar ist. Mit dem abschließenden Kapitel dieses Buchs wurde gezeigt, wie es funktionieren

kann. Es wird geschehen, wenn jeder Leser dieses Buchs beginnt, nachzufragen und in seinem Bekanntenkreis die Initiative gegen das BauUnwesen weiterverbreitet. Geben Sie dieses Buch bitte einem guten Freund mit Ihrer Leseempfehlung weiter. Wir haben es stabil gebaut, es kann durch viele Hände gehen.

Das letzte Wort in diesem Kapitel sollen zwei Persönlichkeiten haben, die scheinbar Unmögliches geschafft haben und über eine starke persönliche Haltung ihre Zeit sowie die Nachwelt geprägt haben.

**Demokratie ist ... »government of the people, by the people, for the people.«
(Regierung des Volkes, durch und für das Volk.)**

Abraham Lincoln, 1863 The Ghettysburg Address

»Die Demokratie ist keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern der Sittlichkeit.«

Willy Brandt, dessen Namen für das unsittlichste Bauprojekt Deutschlands (neuer Flughafen Berlin) missbraucht wird.



Abb. 172 Der Deutsche Michel, wenn er aktiv wird. Das gefällt nicht jedem. Sogar die drei Affen sind verschwunden.